

## Fast unbemerkt

Nach der Silvesternacht von Köln schien wochenlang das Gesprächsthema in den Medien gesetzt: Kriminelle Flüchtlinge, integrationsunwillige Flüchtlinge, Angst vor Flüchtlingen. Dass derzeit in Deutschland täglich Flüchtlingsheime attackiert werden, darüber spricht kaum jemand. 98 Angriffe auf Flüchtlingsheime gab es allein im Januar 2016. Doch in der medialen Wahrnehmung sind die Ängste der Deutschen populärer als die Ängste der Flüchtlinge. Allein 11 Talkshows widmeten sich am Jahresbeginn den Ereignissen der Silvesternacht in Köln, keine einzige hingegen thematisierte die alltägliche reale Gewalt gegen Flüchtlinge. Es ist ein Skandal, in welchem Umfang tagtäglich Menschen angegriffen werden. In dem nicht nur von Pegida und AfD geschürten Klima der Gewalt bleibt der Schutz der zu uns Geflüchteten auf der Strecke.

**Gewerbegebiet an der K18: 20.000,- Euro rausgeschmissen?**

Die Stadtvertretung beschloss mehrheitlich ein weiteres Gewerbegebiet an der K18 in der Nähe der Königskoppel auszuweisen. Die BALL-Fraktion sowie weitere Stadtvertreter/innen von SPD, FWB und Grünen stimmten dagegen, da sie gegen eine Zersiedlung der Landschaft in der Nähe der Königskoppel sind. Ferner ist dort das Grundwassereinzugsgebiet für Barmstedt. Zudem haben Kreis- und Landesbehörden wiederholt und seit Jahren ein weiteres Gewerbegebiet dort abgelehnt. Die anstehende F-Planänderung ist vermutlich sinnlos und bedeutet den Rausschmiss von mindestens 20.000,- Euro an Planungskosten. Mit dem Geld hätte man besser einen Einstieg in die bessere Medienausstattung der Schulen finden können.

**ARD-Fernsehen: 10 Milliarden-Steuerraub**

Am 15.2. spätabends mal ein interessanter Beitrag in der ARD: Seit 2002 bis in die nahe Gegenwart hätten Banken, „Vermögensverwalter“ und Multimillionäre den Staat um rd. 10 Milliarden Steuern geschröpft. Sie haben sich unter Ausnutzung von Gesetzeslücken bei bestimmten Aktiendeals Steuern von den Finanzämtern erstaten lassen, die sie nie gezahlt haben. Bereits 2002 wurde der damalige SPD-Finanzminister Eichel auf die Gesetzeslücke hingewiesen, doch nichts geschah. Auch unter den Finanzministern Steinbrück (SPD) und Schäuble (CDU) gingen die Steuergeschenke oder der Raub von Steuergeldern weiter. Jetzt ermitteln die Staatsanwälte. Bezogen auf Barmstedt hätten wir rund 1,2 Mio. Euro haben können; damit hätten wir hier einen weiteren Kindergarten oder preisgünstige Sozialwohnungen bauen können. **Die andere Welt:** In Glückstadt will das Job-Center ein Ehepaar zwingen, in eine andere Wohnung umzuziehen, die 80 Cent im Monat billiger ist.

## Haushalt der Stadt Barmstedt für 2016:

# Ganz finster, aber änderbar

Die Stadtvertretung verabschiedete am 9.2. den Haushaltsplan für das Jahr 2016. Die BALL-Fraktion stimmte dagegen. BALL-Fraktions-sprecher Dr. Günter Thiel erklärte u. a.: „In diesem Jahr erwartet die Stadt bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben ein Defizit von 4.67 Mio. Euro, und gäbe es nicht die hohen Zuführungen der Stadtwerke an den Haushalt der Stadt, sähe es noch finsterner aus. Bei den Einzelansätzen im Haushalt ist kritisch anzumerken, dass alle „freiwilligen Ausgaben“ für Schulen, Soziales, Sport und Kultur seit vielen Jahren eingefroren sind und so im Verhältnis zu den Preissteigerungen weiter gekürzt werden. Auch akzeptieren wir nicht die Abkantung der Schulen bei der Umsetzung ihres Medienkonzepts bzw. der Verwaltungsumgestaltung an der GGS Geschwister-Scholl. Die BALL war die einzige Kraft, die letztlich gegen die Einführung einer Sportstättennutzungsgebühr gestimmt hat, und dass jetzt der BMTV, SSV Rantau und FC Heede mit mehr als 8.000,- Euro zur Kasse gebeten werden.“

Im Vermögenshaushalt gibt es einige wichtige größere Investitionen: die Feuerwehr erhält neue Alarmfunkwecker und endlich ihr neues Löschfahrzeug; an der GGS Geschwister-Scholl erfolgt in diesem Jahre die Schulhofum-



gestaltung; auf dem ehemaligen Gabor-Gelände entstehen neue Wohnungen und Häuser und für die Unterbringung von Flüchtlingen in dezentralen Häusern wird vorgesorgt. Die BALL begrüßt es, dass der Stellenplan bei der Stadt um 1,66 Stellen aufgestockt wird, damit die zusätzlichen Aufgaben – u. a. bei der Flüchtlingsunterbringung – bewältigt werden, und wir erwarten, dass die erheblichen Mittel, die die Stadt für die Betreuung der Flüchtlinge vom Land erhält, auch für diese eingesetzt werden.

Was die BALL aber überhaupt nicht akzeptieren kann, ist der finanzielle Rahmen, in den durch die Politik der Landes- und

Bundesregierung die Gemeinden reingepresst werden. Die Gemeinden erhalten für die vielfältigen Aufgaben, die ihnen zugeteilt sind, einen zu geringen Anteil am Gesamtsteueraufkommen und dann sind die Gemeinden noch den Schwankungen und Krisen der kapitalistischen Marktwirtschaft ausgeliefert. Die Stadt Barmstedt kommt aus eigener Kraft nicht wesentlich aus der Finanznot heraus.

Die BALL kann auch nicht akzeptieren, dass die Stadtvertreter durch die Politik von CDU/CSU, SPD und Grünen auf Landes- und Bundesebene in ein Korsett eingeschnürt werden, das stark die kommunale Demokratie und

das in der Verfassung vorgesehene Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden beschädigt. Wenn Stadtvertreter oftmals nur wählen können, ob sie Leistungen streichen oder den Bürgern Mehrbelastungen aufdrücken, dann ist der freie Entscheidungsspielraum kaum gegeben. Das nehmen wir nicht so hin. Das ist prinzipiell zu ändern, und die BALL unterstützt daher jene Kräfte, die für einen deutlichen Politikwechsel eintreten. Wir wollen gar nicht vorrechnen, wie viele Milliarden Euro auch den Gemeinden jährlich mehr zur Verfügung stehen könnten, wenn der Staat ernsthaft gegen Steuerhinterziehung im großen Stil

vorginge oder wenn die legalen Steuerfluchtmöglichkeiten, die von den multinationalen Konzernen genutzt werden, unterbunden würden. Ganz zu schweigen von weiteren vielen Milliarden, die durch eine Erhöhung der Spitzensteuersätze auf Millio-neneinkommen oder eine Vermögensabgabe auf gigantische Vermögen eingenommen werden könnten.

Ein aktuelles Beispiel zur Haushaltsdiskussion liefert die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung: Die Investitionen für neue Waffensysteme der Bundeswehr sollen auf 130 Mrd. Euro auf Druck der US-geführten NATO und im Profitinteresse der Rüstungskonzerne aufgestockt werden. Auf die Einwohner der Stadt Barmstedt ungerechnet entfällt dabei ein Anteil von rund 16 Mio. Euro. Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, dass mit den Geldern auch ein Schuldenschnitt für hochverschuldete Gemeinden erfolgen könnte: Barmstedt hätte mit einem Schlage statt 21 Mio. Euro Schulden nur noch 5 Mio. Euro, und die jährlichen Zins- und Tilgungszahlungen lägen um rd. 1,3 Mio. niedriger.

Die Finanznot der Gemeinden kann also überwunden werden. Dazu bedarf es eines grundlegenden Politikwechsels, den die BALL vor Ort unterstützt. Die Gegenstimmen der BALL gegen den Gesamthaushalt sind insofern Gegenstimmen gegen den finanzpolitischen Rahmen, in den die Gemeinden gezwängt werden.“

## Ein Milliardendebakel zu unseren Lasten:

# Die HSH Nordbank

Waren es Gier und Glamour oder waren es Unverständnis und Inkompetenz, die Manager der Bank und Politiker bei dieser Bank an den Abgrund geführt haben?“, wurde die schleswig-holsteinische Finanzministerin in einem Interview gefragt (Barmstedter Zeitung 5.12.2015). Wir sagen: es war von jedem etwas. Gegründet wurde die HSH Nordbank im Jahr 2003 von den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg mit dem Ziel, sie zu einer internationalen Geschäftsbank zu entwickeln. Leider wurden die Aufsichtsgre-

mien mit Damen und Herren aus der Politik besetzt, die auch mal gerne „am großen Rad drehen“ und schöne Gewinne für die vom Bund kurz gehaltenen Landeshaushalte abschöpfen wollten (= Gier und Glamour). Diese waren dann aber mit der Aufsicht über die öffentlich-rechtliche Bank restlos überfordert, weil ihnen schlicht das Spezialwissen fehlte (= Inkompetenz).

Hinzu kamen Bankvorstände, die sich am internationalen Kapitalmarkt verzockt hatten und zur Verschleierung ihrer fehlgeschlagenen Geschäftspolitik auch nicht davor zurück schreckten,

Bilanzen zu frisieren, um damit nicht nur die Öffentlichkeit zu täuschen.

Und statt die Reißleine zu ziehen und die Verantwortlichen vor die Tür zu setzen, steckten die Landesregierungen 3 Milliarden Euro als Kapitalerhöhung in die marode Bank (= Unvermögen).

Wir, die Steuerzahler, müssen nun für den angerichteten Schaden gerade stehen.

Die Parlamente in Kiel und Hamburg haben der Gründung einer Gesellschaft zugestimmt, die der HSH „schlechte Papiere“ abkaufen soll. „Schlechte Papiere“: das sind solche Kredit-

forderungen, die wahrscheinlich nie oder nur in geringem Maße beglichen werden. Mit anderen Worten: Das Geld ist futsch, zumindest weitgehend!

Dafür werden jetzt noch einmal 6,2 Milliarden Euro Kredite bereitgestellt (= eine 62 mit 8 Nullen - vor dem Komma) – zusätzlich zu den bereits im Jahr 2009 bewilligten 10 Milliarden Euro Garantien. Und das dürfte noch nicht das Ende der Fahnenstange sein.

In den letzten Ausgaben unserer BALL-Zeitung haben wir bereits über den HSH-Skandal berichtet. Der Bankenexperte Professor Norbert Dieckmann von der Wirtschaftshochschule EBC in Hamburg hat jetzt ein Buch über die Geschichte der Bank veröffentlicht, in dem die von uns geäußerten Befürchtungen bestätigt worden sind:

5 Milliarden Verlust nur für Hamburg hält er für realistisch. Das bedeutet, dass auch Schleswig-Holstein mit einem etwa gleich großen Verlust rechnen muss.

Ob die Bank (bzw. einzelne Geschäftsfelder) letztendlich verkauft werden kann oder ob sie abgewickelt werden muss, steht in den Sternen. Ebenso, welches denn der „günstigere“ Weg wäre. Die beiden Landesregierungen halten Informationen darüber zurück – vielleicht, weil sie es selbst nicht wissen?

**Aber: Wir Steuerzahler müssen letztendlich das Ganze bezahlen. Die Finanzen der Städte und Gemeinden (auch Barmstedt) werden darunter zu leiden haben. Deshalb haben wir auch einen Anspruch auf vollständige Informationen!**

Hartz-4-Bezieher/innen:

# Noch schärfere Sanktionen geplant

Vor mehr als zehn Jahren hat die SPD/Grünen-Regierung unter SPD-Kanzler Schröder die Hartz-4-Gesetze eingeführt. Rund 7 Mio. Menschen leben aktuell in der reichen Bundesrepublik in Haushalten mit Hartz-4-Bezug, darunter etwa zwei Mio. Kinder und Jugendliche. Hinzu kommen etwa 1,5 Mio. „Aufstocker“, deren Einkommen unter den Hartz-4-Sätzen liegen.

In Barmstedt leben mehrere Hundert Menschen in Hartz-4-Bedarfsgemeinschaften. Besonders häufig betroffen sind Alleinerziehende. Monatlich stehen neben den Wohnungskosten dem Haushaltsvorstand 404,- Euro, für Kinder und Jugendliche 270,- Euro bzw. 306,- Euro zur Verfügung. Davon müssen die Stromkosten sowie sämtliche Lebenshaltungs-

Sanktionen der Job-Center vor den Gerichten zeigen.

Während Sozialverbände, Arbeitsloseninitiativen und Die LINKE im Bundestag eine sehr deutliche Erhöhung der Hartz-4-Regelsätze bzw. – so Die LINKE – perspektivisch eine sanktionsfreie soziale Grundsicherung fordern, die allen Menschen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, hat die CDU/CSU/SPD-Regierung ganz anderes im Sinn. Aus dem Arbeitsministerium von Andrea Nahles (SPD) kommt der Entwurf mit weiteren Verschärfungen für Hartz-4-Bezieher: Die Heizkosten sollen pauschal gezahlt werden und nicht mehr nach dem konkreten Verbrauch. Da Bezieher von Arbeitslosengeld II oftmals in schlechter isolierten

Februar von der Bundesregierung beschlossen wurde, geht hervor, dass Jobcenter künftig Hartz-4-Sanktionen, die bei Aufgabe einer Tätigkeit bzw. Nichtantritt einer Stelle aufgebremst werden, über vier Jahre verhängen können. Dabei ist die Rede von „Ersatzansprüchen bei sozialwidrigem Verhalten“. Konkret bedeutet dies, dass es

für Arbeitslose sehr teuer werden kann, wenn sie eine „zumutbare“ Tätigkeit ablehnen oder aus „personenbezogenen“ Gründen gekündigt werden. Dann würde zu der ohnehin dreimonatigen Hartz-4-Sanktion noch ein Rückforderungsanspruch aufgrund „sozialwidrigen Verhaltens“ hinzukommen, der erst drei Jahre später erlischt. Sozialrechtsexperten

schätzen ein, dass innerhalb von fünf Jahren die Hälfte der Hartz-4-Bezieher mit hohen Rückforderungsansprüchen von Jobcentern belegt werden könnten. Die BALL unterstützt die anlaufenden massiven Proteste gegen diesen die Armut verschärfenden Gesetzentwurf der CDU/CSU/SPD-Regierung.

Willkommenskultur, Abschiebungen, Fluchtursachen

## „Wir schaffen das“

In Barmstedt engagieren sich sehr viele Menschen – Kirchengemeinden, Sportvereine, Gymnasium und zahlreiche Einzelpersonen – bei der Betreuung von Kriegsflüchtlingen. Sie beraten, sie sorgen für die ärztliche Betreuung, sie bieten Sportangebote, sie lehren die deutsche Sprache und bieten Freizeitangebote. Auch der Einsatz der Barmstedter Stadtverwaltung mit Unterstützung durch die gesamte Stadtvertretung bei der Beschaffung von dezentralem Wohnraum ist vorbildlich. Das ist ein Teil der Willkommenskultur. Die andere Seite: Während vor Ort die Menschen sich um eine Integration von Flüchtlingen bemühen, versuchen einzelne Vertreter von CDU und SPD mit der von CSU, AFD und Nazis verbreiteten menschenfeindlichen Hetze mitzuhalten. Eine Verschärfung der Asylgesetze folgt

auf die nächste. Die massenhafte Abschiebung von Flüchtlingen wird vorbereitet. Selbst Länder wie Afghanistan, wo Terror, Krieg, Verfolgung und extreme Not das Leben bestimmen, will der CDU-Innenminister zu einem „sicheren Herkunftsland“ machen, um dorthin Flüchtlinge abzuschicken. Es ist absurd: Vor Ort engagieren sich die Menschen bei der Integration von vielen Flüchtlingen, deren Abschiebung auf Regierungsebene geplant wird.

Zwischenzeitlich immer neue riesige Fluchtursachen, über die es ein auffälliges Schweigen in ARD, ZDF, Bild, Spiegel usw. gibt. Es gibt auch keine entschiedenen Proteste der CDU/CSU/SPD-Regierung, denn die Staatsterroristen sind ihre „Verbündeten“ und somit sind ihre Bomben nicht so schlimm: Im Jemen führt Saudi-Arabien mit US-Unterstützung – u. a. mit deutschen Waffen –

einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, und gegen die Zivilbevölkerung werden Streubomben aus US-Produktion eingesetzt. In der Türkei hat Staatsterrorist und IS-Förderer Erdogan den offenen Krieg gegen die PKK aufgenommen, bombardiert kurdische Städte und die eigene kurdische Zivilbevölkerung. Und Erdogan bombardiert in Syrien – auch das ist Angriffskrieg – die kurdischen Kräfte, die den Hauptwiderstand gegen den Islamischen Staat leisten, während weiterhin der Nachschub von IS-Terroristen über die Türkei läuft und der IS seinen Terror mit dem Verkauf von Öl u. a. über die Türkei finanziert. Und diesem Erdogan schiebt die Merkel-EU nun Milliarden Euro zu, damit er die mitverursachten Flüchtlinge in der Türkei in Lagern einsperrt oder gleich wieder in die Kriegsgebiete abschiebt. Kanzlerin Merkel: „Wir schaffen das.“



kosten beglichen werden. Hinzu kommt, dass durch die Sanktionen der Job-Center Hunderttausenden jährlich noch die geringen Regelsätze gekürzt oder gestrichen werden, oftmals willkürlich, wie die hohen Klageerfolge gegen

Wohnungen leben, ist damit zu rechnen, dass über die Pauschale hinausgehende Heizkosten auch noch vom Lebensunterhalt beglichen werden müssen.

Noch unglaublicher: Aus dem Gesetzentwurf, der Anfang

Teilerfolg für die Anwohnerinitiative MUT ZUR VERNUNFT:

# Umweltgutachten werden überprüft

Nachdem die Stadtvertretung gegen die Proteste der betroffenen Anwohner und gegen die Stimmen der BALL-Fraktion vor Jahren den Bebauungsplan für die Meierei/Käsefabrik durchgesetzt hat, waren die Konflikte schon voraussehbar. Die Lärmbelastung durch das stetig gestiegene Aufkommen an an- und abfahrenden LKWs sowie der Betriebsstättenlärm sind schnell zu einem unerträglichen Zustand herangewachsen.

Besonders „nervend“ sind die permanenten tieffrequenten „Brummgeräusche“, verursacht durch Motoren und Aggregate auf dem Fabrikgelände, unter denen die Anlieger rund um die Uhr 365 Tagen im Jahr zu leiden haben. Seit ca. zehn Jahren fordern sie die Werksleitung der Meierei/Käsefabrik auf die Geräuschbelastung abzustellen. Zunächst versuchte die Werksleitung den Betroffenen einzureden, sie sollten sich nur nicht



so anstellen. Die Geräusche, die sie wahrnehmen, wären eher Brummgeräusche von den Straßenlaternen oder vielleicht sogar die Fahrgeräusche von der einige Kilometer entfernten Autobahn. Nachdem sich nichts änderte, sind die Anwohner an das Landesamt für Umwelt LLUR

herangetreten, haben Lärmprotokolle geführt und letztendlich eine Lärmmessung durchsetzen können. Die Messung stellte die Brummgeräusche tatsächlich fest. Sie liegen im Frequenzbereich um die 30 Hertz. Daraufhin sah sich die Werksleitung gezwungen die Lärmbelastung untersuchen zu

lassen. Ein Ingenieurbüro wurde mit Messungen beauftragt. Die Ergebnisse liegen seit der ersten Jahreshälfte 2015 vor und weisen Lärmemissionen auf, die mit 10 dB über den zulässigen Grenzwerten liegen. Die Werksleitung versprach zwar mit geeigneten Maßnahmen die Geräusche zu

reduzieren, aber bisher ist keine Änderung eingetreten. Daraufhin ist die Anwohnerinitiative an alle Fraktionen der Stadtvertretung herangetreten. Sie forderte eine Untersuchung der tieffrequenten Geräusche. Außerdem sollen die Lärmemissionen, die von LKWs beim Rangieren und im Wartebereich der LKW-Waage entstehen, überprüft werden. Auch die Lärmgrenzwerte sowie die Belastung durch Dieselruß für die umliegenden Wohngebiete müssen endlich in einem Gutachten zum Bebauungsplan festgehalten werden.

Ende Januar befasste sich auf Initiative der BALL-Fraktion der Umweltausschuss der Stadt mit den Forderungen der Anwohner. Ein Gutachter soll jetzt alle Unterlagen und Messergebnisse prüfen und in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses darüber berichten, damit anschließend über die Erstellung eines neuen Gutachtens entschieden werden kann.

Erhöhung der Anliegerbeiträge erst 2019

Das ist ein Teilerfolg für die Kräfte, die sich gegen eine weitere Erhöhung der meist in die Tausende gehenden Anliegerbeiträge beim Straßenausbau gewehrt haben, nicht ganz unwesentlich darunter die BALL-Stadtvertreter. Jetzt will die Stadtvertretung die Anliegerbeiträge erst 2019 erhöhen. Der jetzt schon geplante Ausbau der Marktstraße, der Danziger Straße, der Gebrüderstraße und des Weidkamps fällt somit nicht mehr unter die Erhöhung. Ab 2019 sollen dann die Bewohner von „Anliegerstraßen“ 85 % der Ausbaukosten tragen statt bislang 75 %, die Bewohner von „Haupterschließungsstraßen“ 55 % statt bislang 50 % und die Bewohner von „Hauptverkehrsstraßen“ 35 % statt 25 %. Die BALL-Fraktion lehnt die Erhebung von Anliegerbeiträgen ab, da nach unserer Auffassung der Straßenausbau aus der KFZ- und Mineralölsteuer sowie der Grundsteuer zu beglichen ist. Bis 2019 bleibt noch viel Zeit für den weiteren Widerstand gegen die geplante Erhöhung.

Neue Wohnungen am Nappenhorn

Neben Einfamilienhaus- und Reihenhausbau wird auf dem ehemaligen Gabor-Gelände am Nappenhorn auch der Bau von drei Mehrfamilienhäusern mit jeweils ca. 12 Wohneinheiten möglich sein. Weiterhin wurde westlich der Lutzhorner Landstraße eine weitere Fläche für Wohnbebauung sowie für einen Nahversorger Nord im Flächennutzungsplan ausgewiesen, an der Brunnenstraße (gegenüber dem Ahornring) sowie Am Friedhof auf einer kleinen Fläche des Friedhofs ebenfalls Flächen für Wohnungsbau. Nördlich des Friedhofs gegenüber dem „Landkrog“ wurde ein Gewerbegebiet ausgewiesen. Die BALL-Fraktion hat alle Beschlüsse unterstützt.

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk, Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt